

Im Kampfgebrüll gegen die steigenden Gesundheitskosten dominieren heute Vorschläge, die die Kosten zwischen den Akteuren umverteilen und so die Anreize zu mehr Selbstverantwortung und kostensparendem Verhalten stärken wollen. So wird regelmässig vorgeschlagen, die minimale Franchise über zurzeit 300 Franken pro Jahr zu erhöhen. Einen entsprechenden parlamentarischen Vorstoss hat der Bundesrat jüngst unterstützt. Doch über Kostenverlagerung wirkende Massnahmen schaffen naturgemäss viele Verlierer. Deshalb werden sie zumeist nur in kleiner, wenig wirksamer Dosis angewendet.

Wir vertreten deshalb einen dritten, effektiveren Ansatz: Zum einen soll die Anreizwirkung pro selbst bezahltem Franken gesteigert werden, ganz ohne dass jemand verliert. Zum anderen sollen die Versicherten motiviert werden, freiwillig einen hohen Selbstbehalt zu wählen. Beides bewirken unsere «AAA-Franchisen» – Franchisen mit automatischer Anreiz-Anpassung.

Entscheidend für die Anreizwirkung von Franchisen ist nicht nur ihre Höhe, sondern auch ihre richtige «Platzierung». Mit den heute zulässigen Franchisen von jährlich 300 bis 2500 Franken trägt jeder Versicherte die ersten im Jahr anfallenden Kosten selbst. Dabei liegt das grösste Sparpotenzial bei der Behandlung von Patienten, die hohe jährliche Kosten verursachen.

Doch gerade diese Versicherten wählen vernünftigerweise die tiefste Franchise. Dadurch übersteigen ihre Kosten ihre Franchise ganz unabhängig von ihrem Verhalten, wodurch ihre Franchise jede Anreizwirkung verliert. Oder anders gesagt: Franchisen wirken nur bei denen, die relativ tiefe Kosten erwarten und an denen naturgemäss nur wenig gespart werden kann. Unsere AAA-Franchisen verändern das grundlegend.

AAA-Franchisen stärken die Anreize zu sparsamem Verhalten, indem sie statt für die ersten Kosten eines Jahres gezielt für die letzten zu erwarten-

Tiefere Gesundheitskosten – und alle profitieren

Im Gesundheitswesen sind die Anreize falsch gesetzt. Heute wirken Franchisen nur bei denjenigen, die sowieso relativ tiefe Kosten verursachen. Ein neues Modell könnte das Anreizsystem verbessern. Gastkommentar von Reiner Eichenberger und Fabian Kuhn

den Kostenteile gelten. Dadurch hätte ein AAA-Versicherter erstens permanent Anreize, kostenbewusst zu handeln, so dass er nicht in den Bereich kommt, in dem er selbst zahlen muss. Als Folge müsste er zumeist weniger selbst bezahlen als heute und in keinem Fall mehr.

Zweitens machen es AAA-Franchisen auch für Versicherte mit hohen erwarteten Kosten attraktiv, hohe Franchisen zu wählen. Denn weil die Franchise ja im für sie zu erwartenden obersten Kostenbereich platziert wird, können sie bei zurückhalten dem Leistungskonsum umso mehr sparen, je höher ihre Franchise ist.

Entscheidend für die Wirksamkeit von AAA-Franchisen ist, dass sie richtig platziert werden. Angesichts des Wettbewerbs zwischen den Kassen könnte man die Platzierung den Kassen überlassen. Die Kassen könnten dann für ihre Versicherten anhand von deren bisherigem Leistungskonsum optimal wirksame Platzierungen der Franchisen entwickeln.

Ein Beispiel: Angenommen, ein Versicherter hat bisher regelmässig Leistungen von 1500 bis 2500 Franken jährlich bezogen, und es könnte erwartet werden, dass er weiterhin Kosten von plus/minus 2000 Franken verursacht. Für das Verhalten dieses

Versicherten kommt es nicht darauf an, ob seine heutige Franchise von 300 auf 500 oder 1000 Franken steigt. Wenn er hingegen statt der ersten 500 Franken diejenigen der Gesamtkosten von 1500 bis 2000 Franken zahlen müsste, hätte er während des ganzen Jahres starke Anreize, auf die Kosten zu achten.

Die Anreize wären noch effektiver, wenn er jeweils pro Quartal die ersten 50 Franken sowie die 300 Franken der jährlichen Gesamtausgaben zwischen 1700 und 2000 Franken tragen müsste. So würde er bei gleichbleibenden gesundheitlichen Voraussetzungen dann nicht nur weniger Kosten verursachen als bisher, sondern mit hoher Wahrscheinlichkeit auch weniger Kosten selbst tragen müssen. Da bei richtiger Platzierung der Franchisen auch die Krankenkassen entlastet würden, würden zusätzlich die Prämien sinken.

Angesichts der starken Regulierung des heutigen Systems könnte es sich für die Krankenkassen lohnen, die Platzierung der Franchisen nicht nur für die Kostensenkung, sondern auch für die Selektion besonders gesunder Versicherter einzusetzen. Falls das verhindert werden soll, könnte die Freiheit der Kassen bei der Platzierung der AAA-Franchisen auf die Daten eingeschränkt werden, die aktuell für die Berechnung des Risikoausgleichs verwendet werden. So könnten die Kassen einfach wirksame Platzierungen berechnen.

Letztlich können AAA-Franchisen sofort und problemlos eingeführt werden. Es müsste den Kassen nur erlaubt werden, sie den Versicherten als Wahlmöglichkeit anzubieten. Dank ihren Vorteilen würden sie sich dann ganz von selbst durchsetzen.

Reiner Eichenberger ist Professor für Theorie der Wirtschafts- und Finanzpolitik an der Universität Freiburg i. Ü. und Forschungsdirektor von Crema; Fabian Kuhn ist Diplomassistent am Lehrstuhl für Theorie der Wirtschafts- und Finanzpolitik an der Universität Freiburg i. Ü.



Vielsagende Botschaft auf einem Traktor an der Bauern-Demonstration in Berlin vom März 2024. Die Landwirte wollen an der Agrardieselvergütung festhalten.

SEAN GALLUP / GETTY

Deutschland wandelt sich zur westfernen Republik

Die langjährige Selbstverständlichkeit der Westanbindung der Bundesrepublik Deutschland, einst von Adenauer durchgesetzt, steht heute zur Disposition – und ist teilweise schon Vergangenheit. Gastkommentar von Friedrich L. Sell

Mit den Wahlen im Bundesland Brandenburg hat Ostdeutschland ein Maximum an Aufmerksamkeit im Rest Deutschlands erreicht. Das Erstarken der AfD und der wundersame Aufstieg des BSW (Bündnis Sahra Wagenknecht), die zusammen teilweise 50 Prozent der Stimmen in ostdeutschen Bundesländern erreichen, haben westdeutsche «Altparteien» (AfD-Jargon) aufgeschreckt. Das Parteienspektrum der Bundesrepublik Deutschland hat sich seit 2021 drastisch gewandelt.

Politisch ist aber weitaus mehr geschehen: Die alte Selbstverständlichkeit der Westanbindung der BRD, von Adenauer durchgesetzt, von Erhard, Kohl und Merkel fortgeführt und auch von früheren oder späteren SPD-Kanzlern nicht angezweifelt, steht mindestens zur Disposition, wenn sie nicht schon längst Vergangenheit ist. Wenn sich die Parteien des demokratischen Zentrums – analog zur Migrationsdebatte – auch in anderen Politikfeldern (Nato-Mitgliedschaft, Zukunft der EU usw.) den Positionen von AfD und BSW annähern sollten, steht die Westorientierung der alten Bundesrepublik endgültig auf der Kippe.

Der Antiamerikanismus hat in Deutschland eine lange Tradition, die sich mindestens bis zum Vietnamkrieg und zur 68er Bewegung zurückverfolgen lässt. Unnötig zu sagen, welche Quellen der Antiamerikanismus im Stasi-Regime der DDR hatte. Eine glaubwürdige Wende im wiedervereinigten Deutschland trat erst ein, als Joschka Fischer und Daniel Cohn-Bendit von den Grünen sich eindeutig zu den Luftangriffen der Nato im Kosovo-Krieg zum Ende der 1990er Jahre bekannten. Davon ist heute so gut wie nichts mehr übrig geblieben: Ein neuer Antiamerikanismus ist in Deutschland wieder chic, links wie rechts.

Umgekehrt lässt es sich aus der Sicht des ehemaligen US-Präsidenten Barack Obama plausibel erklären, dass er das Mobiltelefon von Kanzlerin Angela Merkel abhören liess: Zu gross war das Misstrauen gegenüber dem dreifachen deutschen Geschäftsmodell, in dem grosse Absatzmärkte in China, billiges Gas aus Russland und ebenso volle wie nahezu kostenlose Rückendeckung der USA in Sicherheitsfragen bislang breiten Raum einnahmen.

Zum Westen gehören auch wichtige Teile Europas: Verfolgt man etwa die Berichterstattung in den spanischen und portugiesischen Medien, so stellt man schon länger ein zunehmendes Missbehagen gegenüber den Deutschen fest: Ist das Gefühl der Demütigung durch die besonders von Angela Merkel gestützte «Troika» während der Euro-Krise (2009–2012) nicht noch immer lebendig? War nicht schon das Bestreben, Nord Stream 1 und 2 in Betrieb zu nehmen, ein Beleg für den deutschen Energieegoismus und für ein völliges Desinteresse an einem einheitlichen europäischen Gasmarkt? Zurzeit überwiegt wohl die Meinung, der wirtschaftliche Motor Europas, nämlich Deutschland, möge bitte nicht stottern und damit auch noch den Wohlstand seiner zahlreichen Nachbarn gefährden.

Die Verschiebung in der europäischen Architektur in Richtung Osten hatte in der EU-Erweiterung des Jahres 2004, die etwa von Helmut Schmidt mangels einer vorausgegangenen Vertiefung Euro-

Paradoxerweise hat die gegenwärtige deutsche Hinwendung zum Osten zwei sich völlig widersprechende Motive.

pas als arg verfrüht eingestuft wurde, keineswegs ihren alleinigen, aber doch einen wichtigen Anstoss. Nicht nur in der deutschen Sozialdemokratie lebte, selbst nach dem unrühmlichen Abgang von Boris Jelzin (Gorbatschow spielte schon lange keine Rolle mehr), die von Sehnsucht nach Nähe zu Russland beseelte Brandtsche Ostpolitik weiter. Was Wladimir Putin seit dem Jahr 2000 an Untaten begangen hat, ist hinlänglich bekannt und muss hier nicht wiederholt werden.

Paradoxerweise hat die gegenwärtige deutsche Hinwendung zum Osten zwei sich völlig widersprechende Motive: Ein (immer noch grosser) Teil der Bevölkerung solidarisiert sich mit der überfallenen Ukraine, mit Grenzstaaten zu Russland, wie etwa den baltischen Ländern oder Polen. Ein anderer (zunehmender) Teil, von russischer Propaganda und Fake News genährt, will es sich mit den Russen nicht verderben und verharmlost die Verbrechen des Kreml. Die Liebe zu Tolstoi, Dostojewski und Tschekow dürfte dabei weniger den Ausschlag geben. In beiden Fällen sind jedenfalls Emotionen zugunsten des Ostens im Spiel, der Westen spielt dabei fast keine Rolle.

Zur Erinnerung: Die Berliner Luftbrücke diente bekanntlich der Versorgung des Westteils der Stadt Berlin durch Flugzeuge der Westalliierten, nachdem die sowjetische Besatzungsmacht die Land- und Wasserwege von der Trizone zu den Westsektoren Berlins vom 24. Juni 1948 bis zum 12. Mai 1949 durch die Berlin-Blockade gesperrt hatte. Am 30. September 1949 wurde die Luftbrücke offiziell beendet. Das liegt nun 75 Jahre zurück. Auch ein Jubiläum, nur ein etwas anderes als der 3. Oktober (Tag der Deutschen Einheit): Gelegenheit für eine Rückbesinnung an die Westbindung?

Friedrich L. Sell ist em. Professor für Makroökonomik und Wirtschaftspolitik an der Universität der Bundeswehr München.